

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Hermann Borchers
Herausgeber: Hermann Borchers
Redaktion: Hermann Borchers
Druck: Hermann Borchers

Verleger: Hermann Borchers
Herausgeber: Hermann Borchers
Redaktion: Hermann Borchers
Druck: Hermann Borchers

Verleger: Hermann Borchers
Herausgeber: Hermann Borchers
Redaktion: Hermann Borchers
Druck: Hermann Borchers

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Deutschlands Schicksal in Deiner Hand!

Nationale Gewissensfrage

Der Worte sind genug gewechselt. In einem kurzen, aber leidenschaftlich geführten Wahlkampf haben sich die Meinungen darüber, wie das höchste Amt des Reiches für die nächsten sieben Jahre zu besetzen ist, voneinander gelöst. Nun kommt die Stunde des Handelns! Für den kurzen Augenblick des Wahlablisses wird der Verfassungsgesetzgeber, wonach die Staatsgewalt vom Volk ausgeht. In den Urnen liegt heute das Schicksal der Nation ab. Drei Millionen Wähler, die sich aus Dank gegen nationalbewusste Deutsche und aus Gründen der Parteitradition zu einer Entscheidung treiben lassen, die ihrer inneren Überzeugung widerspricht. Das ist nicht die Einstellung, die nationalen Wähler genügt. Für sie ist die heutige Entscheidung eine Angelegenheit von erster, verantwortungsbewusster Bedeutung, und jeder einzelne muß so handeln, als ob von ihm und seiner Stimme die Wohlfahrt der Nation abhinge. Drei nationale Kandidaten, Hindenburg, Duesterberg und Hilfer, ihnen gegenüber kein ernst zu nehmender Bewerber der Linken, das ist für die nationale Bewegung ein nie erträumter Erfolg, zugleich aber ein verwirrender Reiz und eine Gefahr für die weitere Entwicklung ihres Befreiungskampfes. Man hat die Gründe und Gegenstände gehört; nun gilt es, zu prüfen, zu wägen, und in einer Schlussüberlegung den Kern der Dinge herauszuschälen.

In der nationalen Front hat sich im Verlauf der Auseinandersetzung immer stärker die Überzeugung durchgesetzt, daß es hier nicht so sehr um die Persönlichkeiten geht, als um das „System“, und daß man unter Ausschaltung aller Gefühlsregungen in diesem Fall, ebenso wie bei den Parlamentswahlen, diejenigen Kandidaten wählen müsse, die sich für den Sturz der Diktatur der Mitte und für einen gründlichen Wandel der Regierungsverhältnisse in Deutschland einsetzen. „Schlagwort“ löst es aus dem Regierungskreis entzogen. Die Opposition sei sich nur in der Vermutung einig, aber sie selbst nicht, was sie im herrschenden System bekämpfe und was sie an seine Stelle setzen solle. Die Entgegnung der Opposition wird zu einer unruhigen Anklage. Gewiß, sagt sie, ist das „System“, der Begriff, um den sich alles dreht, ein Schlagwort, wie es der politische Kampf prägt, um ein ganzes Gedankengebäude auf eine einfache, fahle Formel zu bringen. Aber nicht leer, sondern inhaltsschwer. Es bedeutet Kampf gegen die Politik der Illusionen, die nacheinander Versailles, den Dawes- und den Youngplan, Wemmel und noch vieles andere möglich machte, vor jedem dieser Schritte Dichtung und Dichtung prophezeite, die nationalen Warner beschimpfte und unterdrückte, und in allen ihren Voraussetzungen von den Ereignissen widerlegt wurde. Es bedeutet Kampf gegen den inneren Kurs, der seit dem 9. November 1918 unter Zerlegung der stillen Kräfte und kulturellen Werte im Volk die Volksgemeinschaft auflöst und den Volkswillens zerschmettert; Kampf gegen die Herrschaft des roten Parteiunwesens mit schwarzem Einband, das unter vorbildlichem Verstoßbeamtentum unter Kuratel nimmt und Skandale über Skandale als Spur seines Wirkens zurückläßt; Kampf auch gegen die marxistische Zerstörung von Familie und Schule, die vom katholischen Zentrum ausgelassen wird. Es bedeutet Abwendung von einer Wirtschaftspolitik, die unter dem maßgebenden Einfluß der sozialistischen Gewerkschaften sich schaut, die wirtschaftlichen Uebel an der Wurzel zu fassen. Und es bedeutet Überwindung jener Pseudodemokratie, die ihre demokratischen Einrichtungen nur als eine Rückversicherung zur Erhaltung der Einsherrschaft betrachtet und sich mit diktatorischen Mitteln um so verzweifelter an die Macht klammert, je entschiedener der Volkswille diese Methoden ablehnt. Das, sagt die Opposition, ist für uns der Inbegriff des Systems, dem wir den Kampf angefaßt haben, auch in dieser Entscheidung.

Nun haben es aber die Parteien des Systems fertiggebracht, den gerade vom nationalen Deutschland vertagten Führer in Krieg und Frieden, Hindenburg, der von ihrem Welt in einen Hauch verpufft hat, als Schutzwall zwischen ihre Verteidigungshaltung und die Angriffswelle der nationalen Opposition zu stellen. Ihn könnt ihr nicht verantwortlich machen für die Mißwirtschaft des Systems, laßen sie. Weil er in unserem Lager steht, müßt ihr die Waffen strecken. Hindenburg selbst tritt vor und bekundet, daß er nicht als Exponent einer Parteiführung, sondern, über allen Parteien stehend, das deutsche Volk in seiner Verlegenheit retten wolle. Kein Zweifel rührt sich, daß die Ehrlichkeit dieses Willens zu bestritten wagt. Das ist die Linie, nach der Hindenburg immer getrebt hat mit heiligem Bemühen. Aber die politischen Gegebenheiten waren härter als sein Wille, und sind es auch heute. Auch die Opposition als Hindenburg nicht, wenn er sich dagegen verweigert, als Kandidat der Sozialdemokratie bezeichnet zu werden. Sie gibt zu, daß er auch der Kandidat des Zentrums, der Volkspartei, der Wirtschaftspartei und einiger weiter rechts stehender Gruppen ist. Aber das heißt nach ihrer Meinung eben nichts anderes, als daß seine Kandidatur im wesentlichen von den Parteien der Weimarer Koalition getragen wird, den Nutznießern des Systems, und daß den Ausschlag die härteste und am weitesten links stehende Partei gibt, eben die Sozialdemokratie, die ganz offen bekennet, daß sie Hindenburg nicht um seiner selbst willen wählt, sondern als das kleinere Uebel, als „Schutz gegen den Faschismus“, und im betonten Gegensatz zu allem, was in Deutschland antimarkistisch und nationalbewußt ist. Hier ist für das nationale Gewissen die unüberwindbare Klippe. Hier spitzt sich der tragische Konflikt an, der seinen erschütterndsten Ausdruck in dem Bekenntnis des alten Kammerherrn von Didenburg-Januschau gefunden hat, eines aufrecht nationalen Mannes, der in persönlicher Freundschaft mit Hindenburg verbunden ist und doch zu dem Schluss kam, daß er bei der Entwicklung, die die Dinge genommen haben, als guter Preude und Deutscher das bestehende System nicht dadurch beugen könne, daß er aus persönlichem Gefühl der Pietät seine Stimme dem Feldmarschall gebe.

Solchen Bedenken wird nun von der Hindenburgseite die Forderung nach Verwirklichung der Volksgemeinschaft entgegengehalten. Wenn man wahrhaft national sein wolle, dann müsse man es eben Hindenburg nachmachen und an diesem Tag gleich ihm dem Marxismus, der Demokratie, dem ganzen System, die Hand reichen in seinem Namen. Auch diesem eindringlichen Appell verweigert sich die Opposition. Ja, wenn der Gedanke der Volksgemeinschaft von der Linken ebenso ehrlich gemeint wäre, wie von Hindenburg, dann sähe auch sie in seiner Person den besten Mittler. Aber der sozialdemokratische Flügel der Hindenburgfront widerlegt sich selbst der Parole der Volksgemeinschaft. Sein Schlußsatz lautet: Nicht aus Liebe, sondern aus Haß und der böse Hintergedanke, daß nach einer Niederlage der Rechten durch die Hindenburgwahl der Klassenkampf wieder Triumph feiern soll, wird auf dieser Seite ganz offen als Zweck und Sinn des Eintretens für Hindenburg proklamiert. Nicht so eingehend, aber nicht weniger offenbar ist die innere Unwahrscheinlichkeit der Parole von der Volksgemeinschaft beim Zentrum. Für diese Partei handelt es sich da-

bei um die Fortsetzung jener Politik zur Auflockerung der Rechten, die seit Brüning's Amtsantritt sein innerpolitischer Leitfaden ist. Im Namen der Einigkeit gegen den deutschen Nationalismus kämpfen, mit dem Namen Hindenburg die Stoßkraft der nationalen Bewegung lähmen, das ist echte Zentrumspolitik. Dieselbe, die schon Brüning als „reichsverderberisch“ gebrandmarkt hat, die sein Reich unterwühlte und den Weg zu neuen Ufern versperrt. Heute heißt es „Hindenburg und Ueberparteilichkeit“, morgen, wenn die Schlacht für das System gewonnen wäre, hieß es nicht: „Das Volk hat für Hindenburg entschieden“, sondern: Brüning mit seinen Systemparteiern hat gesiegt; das Volk will, daß ihre Herrschaft weiterbesteht.

Um diese klare politische Überlegung kommt die nationale Opposition nicht herum. Sie ist, wenn man alles verschleiernde Phrasenwerk entfernt, auch das treibende Motiv des Zentrums als der führenden Systempartei und der Sozialdemokratie als der ständigen Partnerin der Zentrumspolitik. Auf die einfachste Formel gebracht, lautet diese Rechnung so: Hindenburg hat sich in diesem Wahlkampf mit Brüning verbunden; bleibt er Reichspräsident, so bleibt Brüning noch mindestens zwei Jahre, bis zum natürlichen Ende des Reichstags, Reichskanzler, mit ihm das Zentrum politisch tonangebend und die Sozialdemokratie vom Hintergrund aus in maßgebendem Einfluß. Denn der gegenwärtige Reichstag wird aus Angst vor der Zusammenfassung des neuen die Regierung Brüning weiter „dulden“, wie er sie trotz aller Opposition bisher gebildet hat. Die Gegenrechnung heißt: Wenn ein Mann der Opposition Reichspräsident wird, dann gibt seine Nachfolge und ein bald zu wählender neuer Reichstag auch parlamentarisch die Möglichkeit, mit dem System der Vergangenheit zu brechen. Dann naht die Zeit, in der man ohne schwarze rote Hilfe Deutschland erneuern kann.

Aus dieser politischen Problemstellung ergibt sich für die nationalen Wähler die Alternative: Treuebekenntnis zu Hindenburg um den Preis, daß die Herrschaft des erschütterten Marxismus und seiner schwarzen Helfershelfer für zwei weitere Jahre behauptet wird, oder Treuebekenntnis zur Idee des neuen Deutschland, wie sie sich im Befreiungskampf der nationalen Opposition herausgebildet hat. Das ist der Entscheidung letzter und tiefster Sinn.

Die Reichshauptstadt im Wahlfieber

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. März. Der Wahlkampf, der am Tage vor der ersten Entscheidung seinen Höhepunkt erreicht hat, beherrscht heute völlig das Bild der Reichshauptstadt. Die Nationalsozialisten führen den Wahlkampf im wesentlichen mit unermüdlicher Kleinarbeit, die ihnen die Opferfreudigkeit und Disziplin ihrer wohlorganisierten Anhängererschaft ermöglicht. Jeden Tag haben sie jeden Haushalt einzeln mit ihrer Flugblattpropaganda bearbeitet, die zum Teil, einen ziemlich lächerlichen Ueberbliss über ihr Volk abgibt.

Stahlhelm und Deutschnationale arbeiten gleichfalls mit großem Eifer. Von allen Plakatkästen grüßt der gemeinhalt Soldatentopf Duesterberg. Ebenso stellen die Stahlhelmsgruppen und die deutschnationalen Parteianhänger eine unermüdliche Auffklärungsarbeit. Der Hindenburgausflug führt demgegenüber fast unbeschritten in allen Propagandabereichen, die ihr Schwergewicht in befürdlichen Möglichkeiten haben. Die Stadt Berlin hat auf den Straßen Transparenzen aufgehängt lassen, die zwischen Strahendäume und Laternenpfähle gespannt sind und sogar das Brandenburger Torieren, alles Dinge, die den anderen Bewerbern ebenso ungenutzbar sind, wie der völlig von der Regierung für ihre Wahlkampfzwecke eingelebte Rundfunk.

Diese Methode hat naturgemäß viel Blut gemacht. Nebenbei verhält es sich mit der Filmpropaganda, an der die unter Einfluß der preussischen Regierung stehende Filmgesellschaft Gemma herangezogen worden ist. Es wird da u. a. ein Propagandafilm „Deutsche“ aufgeführt, der mit dem plumpsten Mittel arbeitet und die „Ergründungen“ des neuen Deutschlands in den Dienst des Wahlschlusses stellt; etwa so: der eine Wildschwein ist, wie elend man in Deutschland vor der Hindenburgzeit wohnte, — und der andere, wie herrlich es heute ist, freudliche sonnige Häuser, Gärten und Kinderplatzchen. Man muß schon sagen, daß dies eine etwas gewagte Spekulation auf die Unorientiertheit der Zuschauer ist. Für heute, Sonnabend, hat beispielsweise der Hindenburgausflug ein übriges getan, indem er

kämpfen Hindenburg- und Hitler-Verfassungsgewandter miteinander; mit dem Schnee wirbeln Flugblätter zerab. Die Straßen sind mit Papier überfüllt. Es liegt nicht sehr schön in der sonst recht sauber gehaltenen Reichshauptstadt aus. Besonders heftig wird der Wahlkampf auch in den Wohnungen geführt. Eine Schlagzettel überstreift die andere, die Geschäftstätigkeit ist hier weitestgehend gestoppt. In den Parks, wo man allgemein weniger geneigt zu sein scheint, einander zu überschreien, sondern das Schwergewicht darauf legt, sich gegenseitig zu überzeugen.

Die Nervosität und Ueberbetrieblamkeit des Berliner Lebens, die Anspannung, die Bedenkenlosigkeit in den Wahlmitteln feiern geradezu Orgien.

Es ist wirklich gut, daß Berlin nicht Deutschland ist. Nirgends floriert die Wahlzettel mehr, als hier in der Reichshauptstadt. Wenn man vom Kampfplatz Schwarz-weiß-rot absteigt, dessen Kampfesweise wohl als Musterbeispiel von Ritterlichkeit bezeichnet werden kann, löst sich alles in völliger Unschicklichkeit aus. Die preussische Regierung verbreitet Falschgerüchte und sucht mit imaginären Abwehrmaßnahmen Stimmung gegen Hitler zu machen. Der rote Berliner Polizeipräsident scheint sehr bekümmert, daß seine Diktatorratsaktion in der Polizeibeamtenschaft an den Diktatorratsanwalt offensichtlich seinen sonderlichen Eindruck machte. Das Privatleben vieler exponierten Persönlichkeiten wird vor der Öffentlichkeit ausbreitet und lächerliche Wälsche in Mengen gewaschen.

Auch die Stenografie der schwarzen Front haben jetzt irgendwoher Geld bekommen und hegen in Plakaten gegen ihre Kampfesfahrten von gestern.

So geht die Reichshauptstadt in den ersten Nächten der Präsidentschaftswahl hinein. In den Amtshäusern ist alles für die Nacht zum Montag vorbereitet. Der Reichsmarschall hat einen riesigen Stab von Mitarbeitern mobil gemacht. Man rechnet damit, daß in der Nacht zum Montag zwischen 12 und 2 Uhr das Endergebnis bereits vorliegen wird. Presse und Nachrichtenagenturen stehen am Sonntagabend in die Räume des Palais Prinz Leopold, gegenüber der Reichstanzlei, über, wo sämtliche Häden der Verichterstattung zusammenlaufen. Den Zeitungen in Berlin ist es diesmal unterlagt, die Wahlergebnisse durch Aushang bekanntzugeben. Severing glaubt, Urkunden befristeten zu müssen, über die Polizei ist die höchste Klammern und Urlaubssperre verhängt. Schnaps darf in der Wahlstadt nicht vertrieben werden. Die Spannung ist auf höchste gestiegen, und man rechnet mit einer noch nicht dagewesenen Wahlbeteiligung.

Tausende und aber Tausende von Freiwilligen für die Berliner Umfassungskampagne zur Verfügung brachte. Auch in der Luft tobte der Wahlkampf. Scheinwerferwagen proklamierten Wahlparolen an Berlins nächtlichen Himmel, Lautsprecher läuteten durch die Straßen und schrien Aufrufe in die kalte Nacht. Im Hindenburgziel

Advertisement column on the left edge of the page, containing various small notices and names.